



73. Jahrgang / August 2000

Merkblatt

für die Gemeinden Tirols

HERAUSGEGEBEN VOM AMT DER TIROLER LANDESREGIERUNG, ABTEILUNG GEMEINDEANGELEGENHEITEN

INHALT

39. *Getränksteuer auf alkoholische Getränke und Erstattung – Vorgangsweise der Gemeinden*
40. *Sind Anträge auf „Null“-Festsetzung und Erstattung der Getränkesteuer auf alkoholische Getränke unter Beisetzung einer Bedingung zulässig?*
Verbraucherpreisindex für Mai 2000 (vorläufiges Ergebnis)

39.

Getränksteuer auf alkoholische Getränke und Erstattung – Vorgangsweise der Gemeinden

Im Merkblatt für die Gemeinden Tirols wurde bereits mehrfach ausführlich über Fragen der Getränkesteuer auf alkoholische Getränke und der Erstattung berichtet (vgl. April 2000 lfd. Nr. 19, Mai 2000 lfd. Nr. 21 und Juli 2000 lfd. Nr. 33). Im folgenden Beitrag werden Ratschläge für die bescheidmäßige Aufarbeitung der bei den Gemeinden Tirols anhängigen Verfahren gegeben. In einem Bausatzsystem werden Bescheidmuster angeboten, mit deren Hilfe die verschiedenen Fälle in den jeweils verschiedenen verfahrensrechtlichen Ebenen erledigt werden können.

A: FESTSETZUNG DER STEUER AUF ALKOHOLISCHE GETRÄNKE, ALKOHOLFREIE GETRÄNKE UND SPEISEEIS

1. Die Steuer auf alkoholische Getränke, alkoholfreie Getränke und Speiseeis wurde bezahlt und vor dem 9. März 2000 ein Rechtsbehelf eingebracht:
 - 1.1 Eine auf „Null“ lautende „berichtigte“ Steuererklärung wurde abgegeben.
 - 1.1.1 Das Verfahren wurde mit Bescheid des Gemeindevorstandes ausgesetzt.
Der Gemeindevorstand hat nunmehr einen auf „Null“ lautenden Festsetzungsbescheid zu erlassen.
 - 1.1.2 Das Verfahren wurde mit Bescheid eingeleitet, die Berufung jedoch „lieggelassen“.
Der Bürgermeister hat einen auf „Null“ lautenden Festsetzungsbescheid zu erlassen.
 - 1.1.3 Das Verfahren ist unerledigt, die „berichtigte“ Steuererklärung wurde „lieggelassen“.
Der Bürgermeister hat einen auf „Null“ lautenden Festsetzungsbescheid zu erlassen.
 - 1.2 Eine auf „Null“ lautende Steuererklärung wurde abgegeben:
 - 1.2.1 Das Verfahren wurde mit Bescheid des Gemeindevorstandes ausgesetzt.
Der Gemeindevorstand hat nunmehr einen auf „Null“ lautenden Festsetzungsbescheid zu erlassen.
 - 1.2.2 Das Verfahren wurde mit Bescheid eingeleitet, die Berufung jedoch „lieggelassen“.
Der Bürgermeister hat einen auf „Null“ lautenden Festsetzungsbescheid zu erlassen.
 - 1.2.3 Das Verfahren ist unerledigt, die auf „Null“ lautende Steuererklärung wurde „lieggelassen“.
Der Bürgermeister hat einen auf „Null“ lautenden Festsetzungsbescheid zu erlassen.
 - 1.3. Die Getränkesteuer wurde seinerzeit nicht bezahlt und bescheidmäßig festgesetzt.
 - 1.3.1 Das Verfahren wurde mit Bescheid des Gemeindevorstandes ausgesetzt.
Der Gemeindevorstand hat nunmehr einen auf „Null“ lautenden Festsetzungsbescheid zu erlassen.
 - 1.3.2 Das Verfahren wurde mit Bescheid eingeleitet, die Berufung jedoch „lieggelassen“.
Der Bürgermeister hat einen auf „Null“ lautenden Festsetzungsbescheid zu erlassen.

Ein solcher Bescheid könnte lauten:

BESCHIED

Der Bürgermeister entscheidet über den Antrag betreffend Festsetzung der Steuer auf alkoholische Getränke, auf alkoholfreie Getränke und auf Speiseeis im Zeitraum gemäß § 151 Abs. 2 der Tiroler Landesabgabenordnung wie folgt:

AB

Der Bürgermeister entscheidet über die Berufung betreffend Festsetzung der Steuer auf alkoholische Getränke, auf alkoholfreie Getränke und auf Speiseeis im Zeitraum gemäß §§ 207 i.V.m. 151 Abs. 2 der Tiroler Landesabgabenordnung wie folgt:

BVE

Der Gemeindevorstand entscheidet durch über die Berufung betreffend Festsetzung der Steuer auf alkoholische Getränke, alkoholfreie Getränke und Speiseeis im Zeitraum gemäß §§ 214 i.V.m. 151 Abs. 2 der Tiroler Landesabgabenordnung wie folgt:

BE

Steuer auf	Bemessungs- grundlage	Steuersatz	festgesetzte Steuer	entrichtete Steuer
alkoholische Getränke		10 v. H.	0	
alkoholfreie Getränke		5 v. H.		
Speiseeis		10 v. H.		

Die Steuer war bereits fällig; soweit die festgesetzte die entrichtete Steuer übersteigt, ist die Differenz längstens innerhalb der Frist von einem Monat an die Gemeinde nachzuzahlen.

Das Mehrbegehren auf Nullfestsetzung hinsichtlich weiterer Zeiträume wird als unzulässig zurückgewiesen.

Rechtsmittelbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Zustellung beim Gemeindeamt/..... schriftlich oder telegraphisch, nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden technischen Mittel auch fernschriftlich oder per Telefax, Berufung eingebracht werden. Die Berufung hat den Bescheid zu bezeichnen, gegen den sie sich richtet, und einen begründeten Berufungsantrag zu enthalten. Der Berufung kommt keine aufschiebende Wirkung zu, es sei denn, dass der zu entrichtende Abgabebetrag S 4.000,- übersteigt und ein Zahlungsaufschub ausdrücklich verlangt wird; für den Fall des Zahlungsaufschubes sind Zinsen vorzuschreiben.

AB

Rechtsmittelbelehrung

Dieser Bescheid wirkt wie eine Entscheidung über die Berufung, es sei denn, dass innerhalb der Frist von einem Monat nach seiner Zustellung beim Gemeindeamt..... schriftlich oder telegraphisch nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden technischen Mittel auch fernschriftlich oder per Telefax beantragt wird, die Berufung der Abgabenbehörde zweiter Instanz vorzulegen.

BVE

Vorstellungsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb zweier Wochen nach seiner Zustellung beim Gemeindeamt..... schriftlich oder telegraphisch die Vorstellung eingebracht werden. Die Vorstellung hat den Bescheid zu bezeichnen, gegen den sie sich richtet, und einen begründeten Antrag zu enthalten.

BE

Begründung

Der Europäische Gerichtshof hat mit Urteil vom 9. März 2000 in der Rechtssache C-437/97 ausgesprochen, dass die Steuer auf alkoholische Getränke Art. 3 Abs. 2 der Verbrauchssteuerrichtlinie widerspricht. Der Verwaltungsgerichtshof hat mit den zu den beiden Anlassfällen des zitierten Vorabentscheidungsverfahrens ergangenen Erkenntnissen vom 30. März 2000, Zln. 2000/16/0116 und 0117, die Vorschreibung der Steuer auf alkoholische Getränke für Zeiträume, die nach dem Beitritt Österreichs zu den Europäischen Gemeinschaften liegen, auf der Basis von Vorschriften, die durch entgegenstehendes Gemeinschaftsrecht verdrängt waren, aufgehoben. Mit der auf „Null“ lautenden Festsetzung der Getränkesteuer auf alkoholische Getränke wird der Rechtsansicht der beiden Gerichtshöfe Rechnung getragen.

Die Steuer auf alkoholfreie Getränke und Speiseeis steht hingegen, wie dem zitierten Urteil zu entnehmen ist, mit der Verbrauchssteuerrichtlinie nicht im Widerspruch. Die Steuer auf alkoholfreie Getränke und Speiseeis war daher in Übereinstimmung mit dem europäischen und nationalen Recht festzusetzen.

Eine auf „Null“ lautende Festsetzung der Steuer auf alkoholische Getränke ist nur für einen Zeitraum zulässig, über den in der Vergangenheit nicht bereits rechtskräftig abgesprochen worden ist..

Ergeht an:

Der Bürgermeister:
AB

Der Bürgermeister:
BVE

Für den Gemeindevorstand:
BE

Erläuterungen:

AB – Abgabenbescheid des Bürgermeisters (in den Fällen 1.1.3 und 1.2.3)

BVE – Berufungsvorentscheidung des Bürgermeisters (in den Fällen 1.1.2, 1.2.2 und 1.3.2)

BE – Berufungsentscheidung des Gemeindevorstandes (in den Fällen 1.1.1, 1.2.1 und 1.3.1; aus verfahrenswirtschaftlichen Gründen ist auch in den Fällen 1.1.1, 1.2.1 und 1.3.1 mit Berufungsvorentscheidung des Bürgermeisters zu entscheiden, sofern in der Sache nicht bereits eine Berufungsvorentscheidung erlassen wurde)

* ... Zeitraum: es ist nur der Zeitraum anzuführen, für den ein auf eine „Null“festsetzung der Getränkesteuer auf alkoholische Getränke abzielender Rechtsbehelf vor dem 9.3.2000 eingebracht wurde und der durch einen in Rechtskraft erwachsenen Festsetzungsbescheid oder einen schriftlichen oder niederschriftlichen Berufungsverzicht nicht bereits abgeschlossen ist. Die unter Steuer angesetzten Ziffern haben sich jeweils auf den angeführten Zeitraum zu beziehen.

* ... Zusammenfassung von Fällen in einem Bescheid: es besteht kein grundsätzliches Bedenken, in derselben verfahrensrechtlichen Ebene zu erledigende Fälle (1.1.3 und 1.2.3 bzw. 1.1.2, 1.2.2 und 1.3.2 bzw. 1.1.1, 1.2.1 und 1.3.1) in einem Bescheid zu erledigen. Die Zeiträume der einzelnen Fälle können in einen Zeitraum zusammengezogen werden; die unter Steuer angesetzten Ziffern haben sich dann auf den gemeinsamen Zeitraum zu beziehen.

2. Die Steuer auf alkoholische Getränke, alkoholfreie Getränke und Speiseeis wurde bezahlt und **nach dem 8. März 2000** ein Rechtsbehelf, insbesondere eine auf „Null“ lautende Steuererklärung eingebracht:

Der Bürgermeister hat die Getränkesteuer auf alkoholische Getränke bescheidmäßig festzusetzen.

Ein solcher Bescheid könnte lauten:

ABGABENBESCHEID

Der Bürgermeister entscheidet über den Antrag betreffend Festsetzung der Steuer auf alkoholische Getränke, auf alkoholfreie Getränke und auf Speiseeis im Zeitraum gemäß § 151 Abs. 2 der Tiroler Landesabgabenordnung wie folgt:

Steuer auf	Bemessungs- grundlage	Steuersatz	festgesetzte Steuer	entrichtete Steuer
alkoholische Getränke		10 v. H.		
alkoholfreie Getränke		5 v. H.		
Speiseeis		10 v. H.		

Die Steuer war bereits fällig; soweit die festgesetzte die entrichtete Steuer übersteigt, ist die Differenz längstens innerhalb der Frist von einem Monat an die Gemeinde nachzuzahlen.

Rechtsmittelbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Zustellung beim Gemeindeamt/..... schriftlich oder telegraphisch, nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden technischen Mittel auch fernschriftlich oder per Telefax, Berufung eingebracht werden. Die Berufung hat den Bescheid zu bezeichnen, gegen den sie sich richtet, und einen begründeten Berufungsantrag zu enthalten. Der Berufung kommt keine aufschiebende Wirkung zu.

Begründung

Der Europäische Gerichtshof hat mit Urteil vom 9. März 2000 in der Rechtssache C-437/97 ausgesprochen, dass die Steuer auf alkoholische Getränke Art. 3 Abs. 2 der Verbrauchssteuerrichtlinie widerspricht. In Pkt. 3 des Urteils hat er ausgesprochen: Niemand kann sich auf Art. 3 Abs. 2 der Verbrauchssteuerrichtlinie berufen, um Ansprüche betreffend Abgaben, wie die Steuer auf alkoholische Getränke, die vor Erlass des Urteils des Europäischen Gerichtshofes entrichtet wurden oder fällig geworden sind, geltend zu machen, es sei denn, er hätte vor diesem Zeitpunkt Klage erhoben oder einen entsprechenden Rechtsbehelf eingelegt. Die Abgabenerklärung wurde erst nach diesem Zeitpunkt abgegeben.

Das Begehren auf bescheidmäßige „Null“-Festsetzung der Steuer auf alkoholische Getränke geht daher ins Leere. Die Steuer auf alkoholfreie Getränke und Speiseeis steht hingegen, wie dem zitierten Urteil zu entnehmen ist, mit der Verbrauchssteuerrichtlinie nicht in Widerspruch. Sie war schon deshalb festzusetzen.

Der Bürgermeister:

Erläuterung:

* ... Zeitraum: es ist nur der Zeitraum anzuführen, für den ein auf eine „Null“-Festsetzung der Getränkesteuer auf alkoholische Getränke abzielender Rechtsbehelf, insbesondere eine auf „Null“ lautende Steuererklärung, nach dem 8. März 2000 eingebracht worden ist.

B: VERWEIGERUNG DER ERSTATTUNG (= VERRECHNUNG MIT ABGABENSCHULDIGKEITEN, VERWENDUNG ZUR TILGUNG VOLLSTRECKBARER ABGABENSCHULDIGKEITEN UND RÜCKZAHLUNG)

1. Ein Antrag auf Erstattung wurde eingebracht.

1.1 Das Verfahren wurde mit Bescheid des Gemeindevorstandes ausgesetzt.

Der Gemeindevorstand hat nunmehr die Erstattung zu verweigern.

1.2 Das Verfahren wurde mit Bescheid eingeleitet, die Berufung jedoch „liegengelassen“.

Der Bürgermeister hat die Erstattung zu verweigern.

1.3 Das Verfahren ist unerledigt, der Antrag auf Erstattung wurde „liegengelassen“.

Der Bürgermeister hat die Erstattung zu verweigern.

2. Es wurde kein Antrag auf Erstattung eingebracht.

Der Bürgermeister hat die Erstattung von Amts wegen zu verweigern.

Ein solcher Bescheid könnte lauten:

BESCHEID

Der Bürgermeister entscheidet über die Erstattung der Steuer auf alkoholische Getränke gemäß § 187a der Tiroler Landesabgabenordnung wie folgt:

Die Verrechnung mit Abgabenschuldigkeiten, Verwendung zur Tilgung vollstreckbarer Abgabenschuldigkeiten und Rückzahlung = Erstattung der mit Bescheid vom mit S 0,- festgesetzten in der Höhe von S entrichteten Steuer auf alkoholische Getränke ist nicht zulässig.

AB

Der Bürgermeister entscheidet über die Berufung betreffend Erstattung der Steuer auf alkoholische Getränke gemäß §§ 207 i. V. m. 187a der Tiroler Landesabgabenordnung wie folgt:

Die Verrechnung mit Abgabenschuldigkeiten, Verwendung zur Tilgung vollstreckbarer Abgabenschuldigkeiten und Rückzahlung = die Erstattung der mit Bescheid vom mit S 0,- festgesetzten in der Höhe von S entrichteten Steuer auf alkoholische Getränke ist nicht zulässig.

BVE

Der Gemeindevorstand entscheidet durch über die Berufung betreffend Erstattung der Steuer auf alkoholische Getränke gemäß §§ 214 i.V.m. 187a der Tiroler Landesabgabenordnung wie folgt:

Die Verrechnung mit Abgabenschuldigkeiten, Verwendung zur Tilgung vollstreckbarer Abgabenschuldigkeiten und Rückzahlung = die Erstattung der mit Bescheid vom mit S 0,- festgesetzten in der Höhe von S entrichteten Steuer auf alkoholische Getränke ist nicht zulässig.

BE

Rechtsmittelbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Zustellung beim Gemeindeamt schriftlich oder telegraphisch, nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden technischen Mittel auch fernschriftlich oder per Telefax, Berufung eingebracht werden. Die Berufung hat den Bescheid zu bezeichnen, gegen den sie sich richtet, und einen begründeten Berufungsantrag zu enthalten. Der Berufung kommt keine aufschiebende Wirkung zu.

AB

Rechtsmittelbelehrung

Dieser Bescheid wirkt wie eine Entscheidung über die Berufung, es sei denn, dass innerhalb der Frist von einem Monat nach seiner Zustellung beim Gemeindeamt..... schriftlich oder telegraphisch nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden technischen Mittel auch fernschriftlich oder per Telefax beantragt wird, die Berufung der Abgabenbehörde zweiter Instanz vorzulegen.

BVE

Vorstellungsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb zweier Wochen nach seiner Zustellung beim Gemeindeamt..... schriftlich oder telegraphisch die Vorstellung eingebracht werden. Die Vorstellung hat den Bescheid zu bezeichnen, gegen den sie sich richtet, und einen begründeten Antrag zu enthalten.

BE

Begründung

Der Europäische Gerichtshof hat mit Urteil vom 9. März 2000 in der Rechtssache C-437/97 ausgesprochen, dass die Steuer auf alkoholische Getränke Art. 3 Abs. 2 der Verbrauchssteuerrichtlinie widerspricht. Die Steuer auf alkoholische Getränke wurde daher mit „Null“ festgesetzt. Die Erstattung der bereits entrichteten Steuer auf alkoholische Getränke ist aufgrund folgender Überlegungen nicht zulässig:

Das Ermittlungsverfahren hat folgenden Sachverhalt ergeben: Die alkoholischen Getränke wurden gegen Entgelt an die Konsumenten weitergegeben. Die Verkaufspreise enthielten auch die Getränkesteuer auf alkoholische Getränke (Inklusivpreise). Die Verkaufspreise wurden im Wege von Schlüsselzahlen, die die Getränkesteuer auf alkoholische Getränke enthielten auf die Bemessungsgrundlage zurückgerechnet. Folglich wurde die Getränkesteuer auf alkoholische Getränke im Wege der Verkaufspreise auf die Konsumenten überwält.

Besteht bei einer Selbstbemessungsabgabe, wie der Getränkesteuer auf alkoholische Getränke, aus im europäischen oder nationalen Recht liegenden Gründen die Verpflichtung einer bescheidmäßigen „Null“-Festsetzung so hat nach § 187a der Tiroler Landesabgabenordnung die Abgabenbehörde ein dadurch entstehendes Guthaben insoweit nicht mit Abgabenschuldigkeiten zu verrechnen, zur Tilgung vollstreckbarer Abgabenschuldigkeiten zu verwenden oder zurückzuzahlen, als sie dem Abgabepflichtigen nachweist, dass er die Abgabe auf andere überwält hat.

Die Überwälzung im Wege des Inklusivpreises auf den Konsumenten steht im vorliegenden Fall nicht in Frage.

Ergeht an:

Der Bürgermeister:
AB

Der Bürgermeister:
BVE

Für den Gemeindevorstand:
BE

Erläuterungen:

AB – Abgabenbescheid des Bürgermeisters (in den Fällen 1.3 und 2)

BVE – Berufungsvorentscheidung des Bürgermeisters (im Fall 1.2)

BE – Berufungsentscheidung des Gemeindevorstandes (im Fall 1.1; aus verfahrensökonomischen Gründen ist auch im Fall 1.1 mit Berufungsvorentscheidung des Bürgermeisters zu entscheiden, sofern in der Sache nicht bereits eine Berufungsvorentscheidung erlassen wurde)

* ... Zitat des Bescheides und Bezifferung der entrichteten Steuer: es ist der gleichzeitig nach A.1 ergehende Bescheid zu zitieren und die danach entrichtete Getränkesteuer auf alkoholische Getränke ziffernmäßig anzuführen.

* ... Im Falle einer auf „Null“ lautenden, vor dem 9.3.2000 eingebrachten Steuererklärung wäre es denkbar, von der Erlassung eines Bescheides nach A.1 2.3 Abstand zu nehmen; in diesem Fall müsste im Baukasten AB das Wort „Bescheid“ durch das Wort „Steuererklärung“ ersetzt, das Datum der Steuererklärung zitiert und die entrichtete Getränkesteuer auf alkoholische Getränke ziffernmäßig bestimmt werden

40.

Sind Anträge auf „Null“-Festsetzung und Erstattung der Getränkesteuer auf alkoholische Getränke unter Beisetzung einer Bedingung zulässig

Zahlreiche Steuerpflichtige haben Anträge auf „Null“-Festsetzung und Erstattung der entrichteten Getränkesteuer auf alkoholische Getränke unter der Bedingung, dass der EuGH die Getränkesteuer auf alkoholische Getränke als gemeinschaftsrechtswidrig erklärt, eingebracht.

Der Verfassungsgerichtshof hat sich in seinem Beschluss vom 6.10.1997, Zahl B 2152/97, mit der Frage einer Beschwerde unter Beisetzung einer Bedingung auseinandergesetzt.. Er hat die Beschwerde als unzulässig zurückgewiesen.

Sachverhalt: Das Landesabgabnamt schrieb dem Beschwerdeführer eine Jagdabgabe vor. Die dagegen erhobene Berufung wies die Landesregierung als unbegründet ab. Der Beschwerdeführer erhob Beschwerde an den Verfassungsgerichtshof. Er behauptete, infolge der Anwendung einer dem im Gemeinschaftsrecht verankerten Diskriminierungsverbot widersprechenden generellen Norm in seinen Rechten verletzt zu sein, und beehrte,

„der Verfassungsgerichtshof möge

a) aufgrund Art 177 EGV den Rechtsstreit dem EuGH zur Vorabentscheidung vorlegen,

b) für den Fall, dass der EuGH einen Verstoß des EGV durch den § 3 lit a Vorarlberger Jagdabgabengesetz, LGBl 1949/43 idF LGBl 1994/29,

feststellt, den angefochtenen Bescheid aufheben ...“.

Entscheidungsgründe: Die Beschwerde ist unzulässig, denn sie ist im Hinblick auf ihr Begehren bloß bedingt („für den Fall, dass ...“) erhoben worden. Dabei handelt es sich nicht um einen – nach hA an sich zulässigen – an ein Hauptbegehren anknüpfenden Eventualantrag, sondern um ein Begehren, das nur dann als erhoben gelten soll, wenn ein anderes Gericht in einem anderen Verfahren zu einer der Bedingung entsprechenden Rechtsmeinung (im vorliegenden Fall: der EuGH zur Unvereinbarkeit der bezeichneten Gesetzesbestimmung mit Art 6 EGV) gelangen sollte. Einer bedingten Beschwerde dieser Art fehlt jedoch ein „bestimmtes Begehren“ im Sinne des § 15 Abs. 2 VerfGG (vgl VfGH 27.9.1994, B 1589/94, G 261/94, und VfGH 6.3.1997, B 2359/95 u. a.), weshalb sie sich als unzulässig erweist.

Folgt man der wiedergegebenen Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofes, so muss auch die eingangs dargestellte bedingte Antragstellung auf „Null“-Festsetzung und Erstattung der Getränkesteuer auf alkoholische Getränke als unzulässig angesehen werden.

**VERBRAUCHERPREISINDEX
FÜR JUNI 2000**
(vorläufiges Ergebnis)

	Mai 2000 (endgültig)	Juni 2000 (vorläufig)
Index der Verbraucherpreise 96		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	104,6	105,4
Index der Verbraucherpreise 86		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	136,8	137,9
Index der Verbraucherpreise 76		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	212,7	214,3
Index der Verbraucherpreise 66		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	373,1	376,0
Index der Verbraucherpreise I		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	475,4	479,0
Index der Verbraucherpreise II		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	476,9	480,5

Der Index der Verbraucherpreise 1996 (Basis: Durchschnitt 1996 = 100) für den Kalendermonat Juni 2000 beträgt 105,4 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber Mai 2000 (104,6 endgültige Zahl) um 0,8% gestiegen. Die Steigerungsrate gegenüber Juni 1999 beträgt + 2,7% (Mai 2000/1999: + 1,8%).

**Erscheinungsort Innsbruck
Verlagspostamt 6020 Innsbruck P. b. b.**

MEDIENINHABER (VERLEGER):
Amt der Tiroler Landesregierung,
Abteilung Gemeindeangelegenheiten,
6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370

Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Helmut Praxmarer

Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol

Erklärung über die grundlegende Richtung: Information der Gemeinden

Druck: Eigendruck